

Linkspartei besinnt sich und legt Programm für die ersten 100 Tage vor

14.9.2005 Zum Wochenende gab es einige gravierende neue Dinge. Die führenden Meinungsforschungsinstitute sehen übereinstimmend keine Mehrheit für CDU/CSU und FDP bei den Bundestagswahlen am 18. September.¹ Die Unternehmerverbände warnen vor einer großen Koalition, obwohl diese jetzt nahe liegt. Sie wünschen eine Verschärfung des Unionsprogramms durch die FDP und keine Verwässerung durch die SPD. Der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, der schon vor einer Woche im Wahlprogramm der Linkspartei viele Gemeinsamkeiten mit Forderungen seiner Gewerkschaft sah, legte jetzt noch einmal nach und schloss auch eine rot-rot-grüne Koalition nicht aus.

Er sagte der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“: „Eine Demokratie lebt davon, dass der Regierung eine starke Opposition gegenübersteht. In einer großen Koalition würde dieser Grundsatz hintangestellt.“ Die Linkspartei könnte seiner Ansicht nach dafür sorgen, dass es am 18. September „eine Mehrheit links von der Mitte gibt“. Ob es dann aber zu einer rot-rot-grünen Koalition komme, müssten die Parteien untereinander besprechen.²

Umso vehementer warnen die Arbeitgeber: im Falle eines rot-rot-grünen Bündnisses werde es „einen dramatischen Stimmungseinbruch“ in der Wirtschaft geben.³ Selbst wenn auch alle Beteiligten eines rot-rot-grünen Bündnisses ein solches mehr oder weniger vehement

¹ Die Unionsparteien haben nach einer Emnid-Umfrage weiter an Zustimmung verloren. Eine schwarz-gelbe Mehrheit gibt es demnach derzeit nicht. Wenn an diesem Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU und CSU auf 40,5 Prozent, ermittelte das Institut für das Nachrichtenmagazin «Focus». Nach den jüngsten Emnid-Zahlen, für die vom 5. bis 8. September 4018 Wahlberechtigte befragt wurden, liegt die FDP bundesweit bei 7 Prozent. Die SPD verbesserte sich auf 34,5 Prozent. Für die Grünen votierten 7 Prozent, für die Linkspartei 8 Prozent. Zitiert nach *Die Welt Newsticker* 11.9.2005

Einen Tag später, am 12.9. vermeldet die Welt im Newsticker: Die SPD hat in der jüngsten Forsa-Umfrage nochmals leicht zugelegt und kommt jetzt bundesweit auf 35 Prozent. Union und FDP verfehlten demnach mit zusammen 48 Prozent knapp die Mehrheit im Bundestag. Die sechs Tage vor der Bundestagswahl veröffentlichte Erhebung sieht die CDU/CSU bei 42 Prozent, die FDP bei 6, die Grünen und die Linkspartei bei 7. Das Ergebnis entspricht im Wesentlichen dem anderer Demoskopien in der Vorwoche.

Die Augsburger Allgemeine vom 13.9.2005 vermeldet die letzten Umfrageergebnisse vor der Wahl: Zwei am Montag veröffentlichte Umfragen kamen – bei gegenseitigen Unterschieden von maximal einem oder zwei Prozentpunkten je Partei – zu gegensätzlichen Ergebnissen: Die eine sah Schwarz-Gelb, die andere Rot-RotGrün vorn. Bei einer Forsa-Erhebung für den Stern und den Privatsender RTL erreichte die Union unverändert 42 Prozent und die FDP sechs Prozent. Die Sozialdemokraten konnten dagegen um einen Punkt auf 35 Prozent zulegen, während für die Grünen erneut sieben Prozent der 2504 Befragten stimmten. Die Linkspartei fiel laut Forsa um einen Punkt auf sieben Prozent zurück. Somit käme Schwarz- Gelb nach dieser Umfrage momentan auf nur 48 Prozent der Stimmen. SPD, Grüne und Linkspartei könnten dagegen zusammen 49 Prozent erreichen.

Demgegenüber sah die in Hamburg beheimatete Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) für Union und FDP wieder einen Vorsprung von einem Prozentpunkt. Nach der Repräsentativumfrage (1008 Befragte) kämen CDU und CSU auf 42 Prozent, die FDP auf sieben Prozent. Für die SPD würden 33 Prozent stimmen, für die Grünen acht Prozent und für die Linkspartei sieben Prozent. Schwarz-Gelb käme demnach auf 49 Prozent, Rot-Rot-Grün nur auf 48 Prozent.

Die großen, für das Fernsehen tätigen Institute Infratest-Dimap (ARD-„Deutschlandtrend“) und Forschungsgruppe Wahlen (ZDF-„Politbarometer“) wollen in der Woche vor der Wahl keine Daten mehr veröffentlichen. Sicher ist also nur: Es ist knapp.

² Zitiert nach *Die Welt Newsticker* 11.9.2005

³ Arbeitgeberpräsident Hundt im *Berliner Tagesspiegel* vom 10.9.2005

ablehnen, so liegt allein die pure Möglichkeit wie eine Drohung für das bürgerliche Lager in der Luft.

Auf der anderen Seite wäre auch eine Koalition aus SPD und Union für das bürgerliche Lager schwer zu verdauen. Denn statt „Aufbruch“ gäbe es dann „Stagnation“, die SPD würde als Bremsklotz betrachtet bei radikalen (Unternehmens)Steuerreformen, massivem Abbau des Arbeitsrechts, Privatisierung der Sozialversicherungen etc. Der FDP-Parteitag beschließt – leicht verunsichert – Schwarz-Gelb oder Opposition. Damit hat sich die FDP festgelegt, auch gegen eine Ampelkoalition.

Die Überlegungen des bürgerlichen Lagers gehen aber weiter. Das bürgerliche Lager fürchtet um den Bestand der SPD, die in einer großen Koalition Profil und Einfluss – v.a. auf die Gewerkschaften – verlieren würde. Und es fürchtet im Gegenzug eine Zunahme von Profil und Einfluss des Linksbündnisses.⁴ Auch innerhalb der SPD drohten schwere Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel im Falle einer großen Koalition. Es wäre fraglich, ob Leute wie Ottmar Schreiner dann noch in der Partei blieben.

Somit zeichnet sich ab, dass der Antritt des Linksbündnisses einen Durchmarsch von Union und FDP verhindern könnte oder ev. schon verhindert hat, was schon allerhand wäre. Natürlich hat auch Schröders „Charisma“ – dem jetzt auch die SPD-Linke geschlossen huldigt – zu dieser Lage beigetragen. Nur wird Schröder der SPD nach der Wahl nichts mehr nützen. Vor allem haben aber die Fehler der Union zu dieser Lage beigetragen.

Zunächst hat Stoiber nachtragend die ostdeutsche Bevölkerung beleidigt, weil sie nicht nach seiner Pfeife tanzen will, und versucht, westdeutsche und v.a. bayerische Besitzstandswahrer gegen Ostdeutsche in Stellung zu bringen. Das war das blanke Gift für den CDU-Wahlkampf mit einer ostdeutschen Kanzlerkandidatin. In seltener Arroganz meinte Stoiber, er bringe mit einer solchen Konfrontation West gegen Ost mehr gutbetuchtes Wählerpotential im Westen zusammen als die Union dadurch im Osten an Habenichtsen verliere.

Angela Merkel ihrerseits wollte der Dreistigkeit Stoibers in nichts nachstehen und glaubte, mit der Berufung von Paul Kirchhoff in ihr Kompetenzteam einen Coup zu landen, der gut Verdienende und Reiche zu einer Meute zusammenschweißt, bereit einen gewaltigen Geldregen aus Steuererleichterungen auf dem Rücken niedrigerer Einkommensschichten einzustreichen.⁵ Für die SPD war das das gefundene Fressen, konnte sie doch ihren Phrasen von sozialer Gerechtigkeit mehr Glaubwürdigkeit verleihen, indem sie das bestehende Einkommensteuerrecht gegen Kirchhoff verteidigte und genüsslich die drohenden Verluste für Arbeitnehmer durch Kirchhoffs Steuermodell vorrechnete. O-Ton der SPD-Propaganda: „Radikal unsozial“ – „Viele Menschen mit durchschnittlichem oder geringem Einkommen zahlen die Zeche“.

Merkel beteuert inzwischen, Kirchhofs Vorschlag für einen einheitlichen Steuersatz von 25 %, unabhängig von der Einkommenshöhe sei „Zukunftsmusik“ und stehe keinesfalls in der nächsten Wahlperiode an. Natürlich ist der Kirchhof-Vorschlag „Zukunftsmusik“ in den Ohren der Reichen und Spitzenverdiener und das ist eben durchgesickert. Während Merkel sich vorsichtig von Kirchhoff distanziert und ihm dennoch den Rücken stärkt, bezeichnete Schröder den früheren Verfassungsrichter dagegen als „Drohung für ganz viele Menschen“.

⁴ Im Übrigen geht die Republik nicht unter, wenn eine Partei von links außen im Parlament sitzt. Von Schaden für die Zukunft des Landes wäre es jedoch, wenn die SPD als große soziale Kraft der Mitte unter die Räder kommen und Lafontaine mitsamt der PDS wirklichen Einfluss gewinnen würde. Um dies zu verhindern, ist eine härtere inhaltliche Auseinandersetzung mit den populistischen Parolen der Linkspartei das beste Mittel. *Augsburger Allgemeine* 28.8.2005

⁵ Näheres zum Steuerprogramm Paul Kirchhofs in unserem Kommentar

http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Linkspartei/050821_merkel/kommentar.pdf

Die CDU fühlt sich von Schröder „verleumdet“, was im Falle des Einkommensteuertarifs wohl nicht stimmt. Natürlich ist auch eine Portion Verlogenheit bei der SPD dabei, aber mehr in eigener Sache. Die SPD verlangt eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 % ab einem Einkommen von 250 000 €/Jahr. Das ist Augenschere und bringt wenig, aber man kann mit so was wie einer „Millionärssteuer“ hausieren gehen. Die Union will für Erwachsene wie Kinder 8000 € als steuerfreien Grundfreibetrag einführen, bisher sind pro Kind nur knapp 3700 € steuerfrei. Eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern wäre dann inklusive anderer Freibeträge bis zu einem Einkommen von 38 200 € pro Jahr komplett steuerfrei. Darauf geht die SPD gar nicht ein. Und: die SPD verlangt die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 19 %, die Union nur auf 22 % – beide natürlich „aufkommensneutral“.

In einem ziemlich profunden Kommentar der Augsburger Allgemeinen zeichnet Walter Roller folgendes Bild:

Schröders Schlusspurt

In acht Tagen wählt Deutschland, und plötzlich scheint das Rennen um die Gunst der Wähler wieder völlig offen zu sein.

Erfahrungsgemäß empfiehlt es sich, die Umfragen der Demoskopien mit Vorsicht zu genießen. Abgerechnet wird erst am Wahntag. Doch besteht kein Zweifel daran, dass der Wind sich gedreht hat. CDU/CSU und FDP haben ihren Vorsprung binnen kurzem verspielt. Die SPD ist der Union nun so dicht auf den Fersen, dass ohne oder gegen die Sozialdemokratie womöglich nicht regiert werden kann. Die rot-grüne Koalition mag Geschichte sein und keine Chance mehr haben, zumal ja mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag sicher zu rechnen ist. Wenn jedoch Schwarz-Gelb die Mehrheit verfehlt und Rot-Rot-Grün tatsächlich nicht in Frage kommt, dann bleibt ja nur eine Große Koalition.

Genau darauf zielt die Strategie Schröders und Münteferings im Finale. Schröder muss Kanzler bleiben: Das ist die erste, die zugkräftigste Botschaft der SPD. Die zweite, nur ganz leise anklingende Botschaft lautet: Wir machen es mit der Union. Schröder als Kanzler und Garant des sozialen Ausgleichs, eine Juniorpartnerin Merkel als antreibende und zugleich gezähmte Kraft: Das ist eine Konstellation, für die sich das Volk durchaus erwärmen könnte. Allerdings müsste die SPD dann das Kunststück vollbringen, doch noch stärkste Kraft zu werden. Danach sieht es, trotz Schröders fulminantem Schlusspurt, nicht aus.

Dass die SPD überhaupt wieder im Spiel ist, hat allein der Kanzler bewirkt. Er punktet im direkten Vergleich mit Frau Merkel und im Lager der vielen unentschlossenen Wähler, er holt einen Teil der zu Lafontaine abgesprungenen Stammkundschaft zurück. Schröder erweist sich wieder als instinktsicherer Großmeister des Wahlkampfes. Er lag schon am Boden und hat sich wieder erhoben – nicht nur aus eigener Stärke, sondern auch wegen der taktischen Schwächen des Gegners.

Mit traumwandlerischer Sicherheit hat Schröder das Thema entdeckt, das zum Zuspitzen und Polarisieren taugt und geeignet ist, die Angst vor tieferen Einschnitten in das soziale Netz zu schüren: Soziale Gerechtigkeit! Die CDU/CSU hat ihm dieses Thema in Gestalt des Professors Kirchhof und eines verwirrenden steuerpolitischen Kurses auf dem Silbertablett serviert - Schröder hat dankbar zugegriffen. Kirchhof ist zum Bumerang für die CDU/CSU geworden. Weil die Union außerstande war, den Unterschied zwischen ihrem aktuellen Programm und einer faszinierenden Zukunftsvision zu erklären. Und weil das bei gründlicher Betrachtung keineswegs ungerechte Modell Kirchhof bereits in den eigenen Reihen zerredet wurde, ehe es die SPD zu ihrem Wahlkampf-Instrument machte.

Wenn die Union diese Wahl in letzter Minute verlieren sollte - und auch eine Große Koalition käme ja einer Niederlage gleich -, dann hätte das nicht nur mit den Qualitäten eines populären Kanzlers und dem Bedürfnis der Bevölkerung nach größtmöglicher sozialer

Sicherheit zu tun. Die Schlappe wäre auch die Quittung für eine dilettantische Wahlkampf-Führung. *Augsburger Allgemeine* 10.09.2005

Jedenfalls spielen Ängste, reale Zukunftsängste und die Sensibilität für „soziale Gerechtigkeit“ eine enorme Rolle in diesem Wahlkampf. Die Union scheint das brutal unterschätzt zu haben. Jetzt ist durchgesickert, dass VW den Haustarif brechen will und Siemens hat erneut massive Stellenstreichungen vor, denen der Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende Heinrich von Pierer als Berater von CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel wohl erst nach der Wahl offiziell zustimmen werde. Im Gegenzug bringt die Union das Gerücht ins Spiel, Eichels Ministerium bereite ein radikales Sparprogramm von 30 Mrd. € vor.

Schröder glaubt, mit dem Thema Kirchhof den Knackpunkt gefunden zu haben, der im letzten Wahlkampf der Irakkrieg war. Die Union versucht nun aufs Ganze zu gehen, um das Ruder noch herumzureißen, was ja leider auch noch möglich ist. Sie will sich in dieser Woche noch stärker auf „Gerechtigkeit“ besinnen („menschlich, solidarisch und gerecht“ – Angela Merkel gestern gegenüber der Augsburger Allgemeinen). Es wird durchaus noch spannend bis zur Wahl.

Wir müssen aber feststellen: Auch von einer großen Koalition gehen große Gefahren aus. Eine entfesselte Innen- und Außenpolitik, wie sie die Union vorhat, ist teilweise nur mit Grundgesetzänderungen bzw. großen Mehrheiten möglich. Unwillkürlich denkt man an die Notstandsgesetze als Ergebnis der ersten großen Koalition zwischen Union und SPD. Eine profunde Analyse von Michael Haid für das IMI-Institut unter dem Titel „Vorankündigungen zur Außen- und Militärpolitik der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2005“ behandelt diese Aspekte.⁶ Darin wird nachgewiesen, dass der regelmäßige Einsatz von Soldaten im Inneren auch außerhalb eines Notstandes geplant ist, z.B. Aufbau von bis zu 50 vernetzten „Regionalbasen Heimatschutz“ mit einer Stärke von bis zu 500 SoldatInnen in allen größeren Städten. Das dürfte nur mit einer Grundgesetzänderung geschehen, wozu man die SPD braucht. Auffallend ist, dass sich die SPD in ihrer Programmatik schon vor dem Wahlkampf einem starken, „interventionsfähigen“ Staat so deutlich verschrieben hat, dass man befürchten muss, sie könnte solche anstehenden Grundgesetzänderungen mittragen.

Das bürgerliche Lager geht ferner davon aus, dass die Vorstellungen von SPD und Union auf weiteren Feldern durchaus kompatibel wären: Subventionsabbau, Familienpolitik, Rente, Föderalismusreform und Finanzverfassung. Kompatibilitätsprobleme werden v.a. gesehen bei der Gesundheitspolitik (Kopfpauschale kontra Bürgerversicherung), Arbeitsmarkt (Kündigungsschutz, Tarifrecht) und Steuerreform.

Die Union und Kapitalisten versuchen jetzt eine drohende Volksfront an die Wand zu malen. Kauder sagt: Wer SPD wähle, wisse nicht, was er für seine Stimme bekomme. Wenn es nach dem 18. September rechnerisch möglich sei, werde es eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen geben. Auf gegenteilige Aussagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei kein Verlass. Natürlich ist das zum Teil Angstmake. Die permanenten Warnungen des CDU-Generalsekretärs haben aber einen wahren Kern: Auch in einer großen Koalition wäre die Union erpressbar, weil es stets eine rechnerische Mehrheit für Rot-Rot-Grün gebe.

Bodo Ramelow hat gegenüber dem Spiegel noch eine neue Variante ins Spiel gebracht: die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linkspartei:

Wirbel um Tolerierungsangebot der PDS

Ein Zeichen für die Anspannung in allen Lagern war auch die Diskussion über angebliche Aussagen von Linkspartei-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow zur Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung. Ramelow war vom Vortag so verstanden worden, dass er eine solche

⁶ http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Linkspartei/050913_wahlkampf/imi.pdf

Tolerierung nicht ausschlieÙe.

Heute erklärte er nun, die Linkspartei werde "dies nicht tun". Eine Fortsetzung des Kurses des Bundeskanzlers "wird von uns nicht toleriert". Ramelow erklärte, die Wähler könnten sich darauf verlassen, dass die Linkspartei weder die Hartz-IV-Reformen tolerieren werde noch Renten- und Lohnkürzungen oder Kriegseinsätze. Allerdings werde sie für ihre "viel beachteten politischen Angebote" im Bundestag nach Mehrheiten suchen. Als Vorbild verwies er erneut auf die skandinavischen Länder. In Schweden regiert beispielsweise eine sozialdemokratische Minderheitsregierung mit Unterstützung der Grünen und der ex-kommunistischen Linkspartei.⁷

Soweit der *Spiegel*. Bodo Ramelow stellte jetzt auf der Internetseite der Linkspartei klar:

Keine Tolerierung von Hartz IV, Renten-, Lohnkürzungen und Kriegseinsätzen

Zu medialen Missinterpretationen seiner Überlegungen zur Suche von Mehrheiten für einen Politikwechsel in Deutschland erklärt Bundeswahlkampfleiter Bodo Ramelow:

Die Linkspartei.PDS hat kein Tolerierungsangebot an Rot-Grün gemacht und wird dies auch nicht tun. Eine Fortsetzung des Kurses der Agenda 2010, für die der Kanzler wirbt und die Angela Merkel verschärfen will, wird von uns nicht toleriert. Es wird keine Tolerierung von Hartz IV, Renten-, Lohnkürzung und Kriegseinsätzen geben. Wir stehen für eine grundlegende soziale Alternative zu der vom neoliberalen Zeitgeist durchdrungenen Politik von Schröder und Fischer bis Merkel und Westerwelle. Diese Politik ist gescheitert: 5 Millionen Arbeitslose, 1,7 Millionen in Armut lebende Kinder, Zehntausende von Insolvenzen von kleineren und mittleren Unternehmen, sinkende Reallöhne belegen dies augenscheinlich. Für eine solche Politik werden wir weder Gerhard Schröder noch Angela Merkel die Hand reichen. Dazu stehen wir in knallharter Opposition. Darauf können sich unsere Wählerinnen und Wähler verlassen.

Die Linkspartei.PDS will einen Politikwechsel in Deutschland, der auf neuen Wegen die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen will. Dafür haben wir viel beachtete politische Angebote gemacht, für die wir im Bundestag nach Mehrheiten suchen werden. Dabei wollen wir uns auch für eine neue politische Kultur in Deutschland einsetzen, die das Denken in politischen Machtkategorien ersetzt durch das Ringen um die beste Lösung im Interesse der Menschen in Deutschland. Dabei kann die parlamentarische Praxis in skandinavischen Ländern durchaus Vorbild sein. Die Wählerinnen und Wähler haben es satt, dass vernünftige und plausible politische Vorschläge aus reinem Macht- und Parteienkalkül abgelehnt werden.⁸

In dieser verworrenen, von Angstmacherei und Demagogie geprägten, also gefährlichen Lage ist es eminent wichtig, dass das Linksbündnis Farbe bekennt, was es nun eigentlich vorhabt. Vor allem auch, weil nach den jüngsten Umfragen die Umfragewerte für die Linkspartei mit

⁷ *Spiegel Online* 13.7.2005

Tags zuvor vermeldete Spiegel Online: Die Devise der Linkspartei ist deutlich: Weg mit Hartz IV, keine Koalition mit einer Partei, die die von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) angestoßenen Arbeitsmarktreformen stützt und fortsetzt. Trotzdem signalisiert die Linkspartei derzeit zunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Von Fundamentalopposition ist keine Rede mehr. "Alle demokratischen Parteien müssen miteinander kooperieren können", sagt Bodo Ramelow, Wahlkampfleiter der Linkspartei, im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Auch eine tolerierte Minderheitsregierung ist aus Ramelows Sicht für Deutschland "nicht ausgeschlossen". In skandinavischen Ländern sei dieses Modell "längst selbstverständlich". Seine Partei werde deshalb in der kommenden Legislaturperiode mit zahlreichen Gesetzesinitiativen klare Politikangebote unterbreiten. "Dann werden sich die Mehrheiten schon finden." Er könne sich "alles vorstellen", sagte Ramelow. [...] Doch auch Ramelow knüpft die Offenheit seiner Partei an eine klare Bedingung: "Es muss zu einem Politikwechsel kommen." Deshalb sei seine Partei nur dann bereit, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, wenn es einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik gebe. Gleichzeitig betonte Ramelow, dass sich seine Partei nicht grundsätzlich verweigern dürfe. "Da bin ich Realist", sagte Ramelow. "Wenn wir die Möglichkeit haben, die Massenarbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, müssen wir diese Herausforderung annehmen."

⁸ http://sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/view_html/zid29988/bs1/n1

z.T. nur noch sieben Prozent ganz erheblich eingebrochen sind. D.h. ein Stimmungswahlkampf mit Linksduselei und vagen politischen Positionen ist für das Linksbündnis nicht angebracht, darin sind die anderen einfach besser.

Natürlich denunziert die bürgerliche Seite die Absichten des Linksbündnisses, so z.B. die Augsburger Allgemeine:

Oskar Lafontaine, den Schröder beseitigt hat, weil er sich als Kanzler nicht von einem Über-Oskar regieren lassen wollte, hat da eine ganz andere Rache zu bieten: Seine neue Linkspartei ist die Waffe, mit der er unter Zuhilfenahme Gregor Gysis den alten Rivalen aus dem Kanzleramt vertreiben will. Einen höheren Zweck lässt Lafontaines Truppe nicht erkennen. Es wird Champagner fließen im Prunkbau dieses Linken, wenn Schröder einpacken muss.⁹

Nun haben die Spitzenkandidaten der Linkspartei jene Projekte konkret benannt, die die Fraktion der Linkspartei in den ersten 100 Tagen vorrangig in Angriff nehmen wird. Das ist insofern *beachtenswert*, weil es das Nächste benennt und *überlegenswert*, ob das das Dringendste und Machbare ist. Deshalb haben wir das *Programm für die ersten 100 Tage* nachstehend komplett dokumentiert.

Eine gute Kurzfassung des Gesamtprogramms findet sich in Form von zehn Standpunkten auf der Webseite der Linkspartei.¹⁰ Da im *Programm für die ersten 100 Tage* leider das menschenrechtliche Thema im Zusammenhang mit Migration und Asyl nicht angesprochen ist, verweisen wir im Anhang noch auf die *Migrations- und flüchtlingspolitische Grundsatzpositionen der Linkspartei.PDS*, die erst vor kurzem vom Parteivorstand beschlossen wurden. Sicher wird die zukünftige Linksfraktion im Bundestag nicht die Fußtruppe von Gysi und Lafontaine sein. Deshalb wird sich bei gemeinsamer Beratung das Programm für die unmittelbar nächsten Schritte der Fraktion sicher noch optimieren lassen.

Peter Feininger

Veränderung braucht uns

Programm für die ersten 100 Tage der linken Fraktion im Deutschen Bundestag

Noch 11 Tage, dann wird es wieder eine starke linke Fraktion im Deutschen Bundestag geben. Mit der Linkspartei wird nach drei Jahren wieder eine Fraktion für soziale Gerechtigkeit, konsequente Friedenspolitik und einen Neuanfang in Ostdeutschland stehen. Vom ersten Tag an werden wir konkrete, realistische Alternativen zur Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorlegen.

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine stellten heute in Köln jene Projekte vor, die die Fraktion der Linkspartei in den ersten 100 Tagen vorrangig in Angriff nehmen wird:

I. Weg mit Hartz IV

Eine der ersten Initiativen der Fraktion wird ein Gesetzentwurf zur Änderung der Hartz-IV-Gesetze sein:

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft)
- Höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung
- Eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten

⁹ Augsburger Allgemeine 10.9.2005

¹⁰ <http://sozialisten.de/wahlen2005/positionen/standpunkte/index.htm>

- Keine Anrechnung des Kindergeldes bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe
- Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle
- Beendigung der Enteignung älterer Arbeitsloser durch Verlängerung der ALG I-Bezugsdauer

Unsere längerfristige Alternative ist die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre Jobs durch Einsatz der Mittel des ALG II, der Kosten für Unterkunft und der sog. Mehraufwandsentschädigung.

2. Sofortige Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr

Die Kampftruppen der Bundeswehr müssen aus Afghanistan unverzüglich zurückgezogen werden. Wir werden später beantragen, alle Bundeswehreinätze im Rahmen von „Enduring Freedom“ zu beenden und die frei werdenden Mittel für Demokratisierung und Entwicklung in Afghanistan einzusetzen, denn: Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen, der Krieg gegen den Terrorismus nicht.

3. Mindestlohn einführen

Unser Ziel ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Insbesondere die Geringqualifizierten in unteren Lohngruppen bzw. am Rande der Schattenwirtschaft sollen erreicht werden. Arbeit muss existenzsichernd und zugleich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber attraktiv sein. Wer nur das gesetzliche Minimum verdient, soll von Sozialabgaben freigestellt sein. Dazu werden wir mit Anhörungen und Gutachten zur Vorbereitung dieser Gesetzgebungsinitiativen beginnen. Gegebenenfalls werden wir Unterstützungen begehren, damit auch kleinere Unternehmen Mindestlöhne zahlen können.

4. Mehr direkte Demokratie

Wir werden einen Gesetzentwurf in Auftrag geben, der regeln soll, dass in Zukunft in Verbindung mit Bundestagswahlen eine Abstimmung über Sachfragen erfolgt. Jede Bundestagsfraktion soll den Wahlberechtigten eine Frage vorlegen können, nachdem das Bundesverfassungsgericht zuvor festgestellt hat, dass sowohl ein zustimmendes als auch ein ablehnendes Ergebnis verfassungskonform wäre. Dies erweiterte nicht nur die Entscheidungsbefugnisse der Wahlberechtigten, sondern veränderte auch den Charakter des Wahlkampfes.

5. Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur Sozialen Grundsicherung

Es ist ein Skandal, dass in unserem reichen Land über 1,7 Mio. Kinder in Armut leben. Deshalb werden wir als ersten Schritt hin zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung vorschlagen, die Anrechnung des Kindergeldes auf das ALG II und das Sozialgeld zu beenden.

6. Für einen Neuanfang in Ostdeutschland – Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse

Die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG und die EU-Wirtschaftsfördermittel sollen auf Innovationsförderung und Förderung strukturschwacher Regionen ausgerichtet werden. Wir streben einen Fahrplan zur Gleichbehandlung an, ob bei der Rente, bei Löhnen oder Sozialleistungen. Als erstes werden wir neben der Angleichung der ALG-II-Sätze in Ost und West die Wiedereinsetzung des 2002 abgeschafften Parlamentsausschusses Neue Länder als Ausschuss Neue Länder und regionale Strukturpolitik beantragen.

7. Steuergerechtigkeit

Statt einer binnenkonjunkturfeindlichen Mehrwertsteuererhöhung legen wir einen Antrag auf Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7% auch beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln vor und erarbeiten darüber hinaus einen Gesetzentwurf zur Erhebung einer Vermögenssteuer.

8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe

Wir werden einen Gesetzentwurf zur Förderung der Berufsausbildung einbringen: 200.000 Jugendliche können im nächsten Ausbildungsjahr wiederum nicht vermittelt werden. Alle Versprechungen von Rot-Grün verwehtem im Winde. Wir sagen: Wer nicht ausbildet muss zahlen – wer ausbildet, muss unterstützt werden.

9. Bildung – Sicherung gleicher Qualitätsstandards

Immer häufiger müssen Familien das Bundesland wechseln, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Das ist nur zu verantworten, wenn Kinder auf ähnliche Bedingungen im Bildungsbereich stoßen. Um Benachteiligungen zu verhindern, werden wir eine Initiative zur Sicherung gleicher Qualitätsstandards für Schulbildung in ganz Deutschland ergreifen.

Anhang

22. August 2005

Gleiche Rechte und Chancengleichheit sind die Voraussetzungen für Integration – offene Grenzen für Menschen in Not

Migrations- und flüchtlingspolitische Grundsatzpositionen der Linkspartei.PDS

Für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung kämpfen – Weltoffenheit verstärken – Integration als ein ständiger Selbsterneuerungsprozess der Gesellschaft

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das hat tiefgreifende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Wir begreifen kulturelle Vielfalt als große Chance, um zu einer weltoffenen, von gegenseitigem Verständnis und demokratischer Teilhabe geprägten Gesellschaft zu werden. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der die schon lange hier lebenden Mitglieder einer Gesellschaft genauso fordert wie die neu eingewanderten. Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik ist die Gewährung voller Bürgerrechte, also die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier niedergelassenen Menschen. Integration ist aktive Kommunikation und Vermittlung zwischen gleichberechtigten Kulturen. Ein solcher Prozess bietet allen Mitgliedern der Gesellschaft ein Zusammenleben, das ihre Verschiedenheit auf der Grundlage der unteilbaren Menschenwürde respektiert. Basis des Zusammenlebens sind die Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten.

Für Integrationspolitik ist das Prinzip der Demokratie von zentraler Bedeutung. Es steht in einem engen Zusammenhang mit dem Grundsatz der Menschenwürde, den Menschenrechten sowie dem Rechts- und Sozialstaatsprinzip. Integration stellt höchste Ansprüche sowohl an den Staat als auch an die Gesamtgesellschaft. Die Förderung von Prozessen der Integration in und für die Einwanderungsgesellschaft stellt eine zentrale und dauerhafte politische Aufgabe dar. Integrationspolitik muss es einerseits den Individuen und Gruppen überlassen, sich selbst zu entfalten und andererseits diese Entfaltung mittragen und fördern. Dazu gehört auch, auftretende Probleme, Konflikte und Spannungen zivilgesellschaftlich zu meistern.

Die Linkspartei.PDS fordert deshalb:

- Gleiche Rechte für alle
- Die Reform des Einwanderungsrechts: Eine menschenrechtlich orientierte Einwanderungspolitik für eine erfolgreiche Integration

- Doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft - Rücknahme der Androhung von Ausbürgerungen zehntausender deutscher StaatsbürgerInnen türkischer Herkunft – Rechtsanspruch auf Einbürgerung für dauerhaft und lange hier lebende MigrantInnen
- Schaffung von mehr Partizipationsmöglichkeiten, wie z.B. die Einführung des kommunalen Wahlrechts für MigrantInnen aus Nicht-EU- Ländern als ersten Schritt hin zum allgemeinen Wahlrecht für dauerhaft hier niedergelassene MigrantInnen
- Kostenlose und qualifizierte Sprachkurse
- Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung durch gezielte individuelle Fördermaßnahmen aller sozial benachteiligten Schüler/innen und Jugendlichen, darunter die mit Migrationshintergrund. Keine an Selektion orientierte Bildungspolitik
- Entwicklung der Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen gemäß der realen Lebenslage in Deutschland als Orte sozialen Lernens, besserer Verständigung und Toleranz zwischen Kindern, Schüler/innen und Jugendlichen
- Einführung des interkulturellen Ansatzes als Konzept gegen Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus in der Bildungspolitik
- Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das benachteiligten Bevölkerungsgruppen realen Schutz vor Benachteiligungen bietet
- Keine Altersgrenze für den Kindernachzug, Einhaltung der UN-Kinderrechts-Konvention
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, der Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit einer angemessenen Zahl von Einstellungen von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund
- Vertretung der MigrantInnen in den Rundfunkräten
- Interessenverbände der kulturellen Minderheiten sind wichtige GesprächspartnerInnen der politischen Parteien. Bei allen sie betreffenden Gesetzesinitiativen sollen sie im Vorfeld in den Diskussions- und Mitwirkungsprozess einbezogen werden.
- Die volle Anerkennung der ausländischen Schul- und Berufsabschlüsse
- Gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu sozialen Dienstleistungen
- Gleichstellung auf dem Arbeits- und auf dem Wohnungsmarkt

Offene Grenzen für Menschen in Not!

Wer vor politischer Verfolgung oder vor Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Weltanschauung oder ethnischer Zugehörigkeit flieht, muss hier Schutz und Aufnahme finden und ein Leben in Würde führen können.

Deshalb fordert die Linkspartei.PDS:

- Offene Grenzen für Menschen in Not
- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl
- Harmonisierung der EU-Flüchtlingspolitik auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention als Mindeststandards
- Beendigung der Praxis der Widerrufsverfahren gegen Asylberechtigte
- Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen gegen Flüchtlinge wie das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht, die Abschiebehaft und Ausreisezentren
- Abschaffung von Kettenduldungen: Auch Flüchtlinge, die nur auf Zeit hier bleiben, brauchen eine klare Perspektive. Wer seit Jahren hier geduldet ist, muss ein Bleiberecht bekommen
- Gleichgestellter Zugang zum Arbeitsmarkt für hier lebende Flüchtlinge
- Abschiebeverbot für traumatisierte Flüchtlinge - Legalisierung dauerhaft hier lebender Illegalisierter und humanitäre Mindeststandards für Illegalisierte in der medizinischen Versorgung und beim Zugang zu Schulbildung, Entkriminalisierung von menschenrechtlich orientierter Hilfe für Illegalisierte
- Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention auf minderjährige Flüchtlinge unter achtzehn Jahren

Rechte von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund schützen!

Die Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund ist sehr unterschiedlich. Viele verstehen sich als gleichberechtigte Mitglieder der deutschen Gesellschaft. Für andere sind die Lebensbedingungen stark von Traditionen, Kultur und Werten der Herkunftsgesellschaft bestimmt, die sie häufig zur Unterordnung zwingen, sie auch zu Gewaltopfern machen. Frauenrechte sind Menschenrechte und die gelten für alle Frauen unabhängig von der Herkunft.

Die Linkspartei.PDS fordert daher:

- Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation von Frauen, die ihnen Rechtssicherheit gibt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht
- Förderung von Initiativen und Organisationen, die es Frauen mit Migrationshintergrund ermöglichen, Situationen gesellschaftlicher Isolation zu überwinden und Gewalt in der Familie entgegen zu treten
- Spezifische Förderung von Schulabschlüssen, Projekten der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung
- Gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Zwangsheirat und zum Schutz der Opfer von Zwangsheirat
- Wirksame Maßnahmen gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution, zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer
- Erleichterter Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Förderung von gebührenfreien frauengerechten Sprachkursen mit Kinderbetreuung für Migrantinnen